

Das schliesst nicht aus, dass Behörden selbst Medienerzeugnisse herausgeben oder die Herausgabe unterstützen, soweit dafür eine Rechtsgrundlage besteht oder soweit dies eine notwendige administrative Hilfstätigkeit ist. Beispiele: Bundesblatt, Unterstützung der Zeitschrift «Zivilschutz», «SBB-Magazin». Der Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen lässt die Organisation des Rundfunks in einer öffentlichrechtlichen Anstalt mit Monopolcharakter zu. Es ist deshalb weitgehend Aufgabe des Gesetzgebers, die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen zu konkretisieren, etwa in den Bereichen der Finanzierung und der Finanzaufsicht oder bei der Wahl bzw. Bestätigung von leitenden Organen des Veranstalters durch den Bundesrat. Was die Uebung «Infosuisse Due» betrifft, so hat diese ihre Rechtsgrundlage in Artikel 8 der Verordnung über die Abteilung Presse und Funkspruch, wonach die Abteilung zur Ausbildung Uebungen durchführt. Die Programme müssen in den Grundzügen Artikel 13 der SRG-Konzession entsprechen. Die publizistische Verantwortung liegt beim Kommandanten der Armeestabsgruppe 500. Weder der Bundesrat noch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erteilen diesem publizistische Weisungen.

Die Uebung dauerte vier Tage, und der Produktionsumfang war sowohl bei den Rundfunkprogrammen als auch bei der Uebungszeitung gering. Quantitativ wie qualitativ war die Uebung deshalb in keiner Weise geeignet, die öffentliche Meinungsbildung systematisch zu verfälschen und dadurch die Staatsunabhängigkeit der Medien zu verletzen.

2. Die Rechtsetzungskompetenz des Bundes im Bereich von Radio und Fernsehen ist umfassend. Die Kantone könnten deshalb nur im Rahmen des künftigen Radio- und Fernsehgesetzes Rundfunkfrequenzen beanspruchen. Diese Möglichkeit ist im Vorentwurf des Gesetzes nicht vorgesehen.

3. Die SRG hat ihre Konzession nicht verletzt. Vor allem hat sie sie nicht auf einen Dritten übertragen. Hingegen lässt das Konzessionsrecht zu, dass die SRG zeitlich und frequenzmässig begrenzte Uebertragungskapazitäten der Konzessionsbehörde zu einer anderen Nutzung überlässt. Sie hat dies unter drei Bedingungen getan: der Zustimmung ihrer Aufsichtsbehörde, der deutlichen Kennzeichnung der Uebungsprogramme und der Verpflichtung, dass diese Programme nach den Grundsätzen der SRG-Konzession gestaltet werden.

4. Die Abteilung Presse und Funkspruch informierte die Öffentlichkeit vor Beginn der Uebung einlässlich über Infosuisse. Die Programme wurden deutlich gekennzeichnet. Während den Sendungen wurde periodisch darauf hingewiesen, dass es sich um eine Uebungssendung der Abteilung Presse und Funkspruch handelt und welches die Aufgaben dieser Abteilung sind. Die Befürchtungen sind deshalb unberechtigt.

5. Eine solche Weisung war und ist nach dem Gesagten nicht notwendig.

Le président: L'interpellant n'est pas satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.583

Interpellation Ziegler

Verwaltungsratsmandate von Bundesbeamten

Fonctionnaires fédéraux appelés à siéger dans des conseils d'administration

Wortlaut der Interpellation vom 25. September 1986

Bezugnehmend auf meine einfache Anfrage betreffend Nebeneinkommen von Bundesbeamten (86.651) ersuche ich den Bundesrat um Antwort auf folgende Fragen:

1. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass von der Ermächtigung zur Uebernahme von Verwaltungsratsmandaten allzu grosszügig Gebrauch gemacht wird? (Beispiel: Die zahlreichen Verwaltungsräte des EVED bei den Privatbahnen).

2. Finden bei den PTT und SBB tatsächlich die gleichen Kriterien wie bei der allgemeinen Bundesverwaltung Anwendung?

3. Wird die Bedingung, dass ein Teil dieser Honorare in die Bundeskasse fliesst, regelmässig überprüft?

4. Werden die gelegentlich mehrere Tage dauernden Verwaltungsratsreisen auf den Ferienanspruch des betreffenden Beamten angerechnet?

Texte de l'interpellation du 25 septembre 1986

Me référant à ma question ordinaire concernant le revenu accessoire de fonctionnaires fédéraux (86.651), je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. N'est-il pas d'avis qu'on fait trop généreusement usage de l'autorisation de remplir des mandats dans des conseils d'administration? (Exemple: les nombreux mandats assumés par le DFTCE dans les chemins de fer privés).

2. Applique-t-on vraiment les mêmes critères aux PTT et aux CFF que dans l'administration générale de la Confédération?

3. Vérifie-t-on régulièrement si une partie des honoraires est versée à la Caisse fédérale (condition sine qua non)?

4. Les voyages de plusieurs jours qu'impliquent à l'occasion ces mandats sont-ils déduits du nombre de jours de vacances auquel les fonctionnaires visés ont droit?

Mitunterzeichner – Cosignataire: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 19. November 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 19 novembre 1986

1. Das Mitwirken von Bundesbeamten in den Verwaltungsräten von Erwerbsgesellschaften und halbstaatlichen Organisationen, namentlich auch die daraus fliessenden Entschädigungen, war in den letzten Jahren Gegenstand verschiedener parlamentarischer Vorstösse sowie Anfragen der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte. Artikel 15 des Beamtengesetzes bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Ermächtigung ausnahmsweise erteilt werden kann. Nach den Erhebungen des Eidgenössischen Personalamtes gehören um die 100 Beamte Verwaltungsräten an. Dabei handelt es sich überwiegend um Direktionsmitglieder, die im Auftrag des Bundes oder seiner Betriebe deren Interessen vertreten. Dies zeigt deutlich den dienstlichen Charakter solcher Funktionen als Bestandteil des Pflichtenheftes. Ausgeprägt gilt das für die vom Interpellanten genannten Vertretungen bei den Privatbahnen. Sie ergeben sich aus dem finanziellen Engagement des Bundes. Der Einsatz von Bundesbeamten in Verwaltungsräten bleibt somit eine Ausnahme und wird auf das dienstlich Notwendige reduziert. Rein private Verpflichtungen, z. B. aufgrund familiärer Bindungen, kommen bloss vereinzelt vor.

2. Die Bestimmungen des Beamtengesetzes gelten in gleicher Weise für die Beamten der PTT-Betriebe, der Bundesbahnen und der allgemeinen Bundesverwaltung. Damit wird sichergestellt, dass die gleichen Kriterien in allen Verwaltungen und Betrieben des Bundes zum Tragen kommen. Die Beurteilung, ob ein Verwaltungsratsmandat bewilligt oder verweigert werden soll, ist ein Ermessensentscheid.

3. Das Eidgenössische Personalamt erhebt regelmässig Art und Honorierung dieser Mandate. Die Ablieferung an die Bundeskasse ist gewährleistet.

4. Die Frage, ob Reisen des Verwaltungsrates auf das Ferienguthaben des Beamten anzurechnen seien, hat sich bisher nicht gestellt. Bildet die Zugehörigkeit zum Verwaltungsrat Bestandteil der dienstlichen Aufgaben des Beam-

ten, was in den meisten Fällen zutrifft, und ist die Teilnahme an der Reise unerlässlich für die Ausübung des Mandates, so wird auf eine Verrechnung des Ferienguthabens verzichtet.

Le président: L'interpellant n'est que partiellement satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.970

**Interpellation Ruf-Bern
Trans K-B. Zahlungen der
«Winterthur-Versicherung»**

**Interpellation Ruf-Berne
Affaire Trans-K-B. Versements de
l'Assurance «Winterthur»**

Wortlaut der Interpellation vom 11. Oktober 1986

Gemäss Presseberichten haben Dr. Hans W. Kopp (Verwaltungsratspräsident) und weitere beklagte Verwaltungsräte der Trans K-B mit den Gläubigern dieser Pleitefirma einen Vergleich über die Zahlung eines Schadenersatzbetrages von 4,5 Millionen Franken abgeschlossen. Die Zahlung des Löwenanteils dieser Summe habe die «Winterthur-Versicherung» als Haftpflichtversichererin von Dr. Kopp übernommen.

Im Hinblick darauf, dass der Bund, gestützt auf Artikel 34 Absatz 2, Artikel 34bis und Artikel 37bis der Bundesverfassung, am 23. Juni 1978 ein Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen erlassen hat, wonach der Bund insbesondere zum Schutze der Versicherten die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen ausübt (Art. 1), stelle ich dem Bundesrat im Zusammenhang mit den erwähnten Zahlungen der «Winterthur-Versicherung» die folgenden Fragen:

1. Uebt der Bund durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, insbesondere durch das Bundesamt für Privatversicherungswesen, auch die Aufsicht über Versicherer für Berufshaftpflichtversicherungen für Rechtsanwälte und Verwaltungsräte aus, im speziellen auch über die «Winterthur-Versicherung»?

2. Ist es – insbesondere unter Hinweis auf Artikel 20 des genannten Gesetzes – richtig, dass sich die Prämien der Versicherten allgemein erhöhen können, wenn sich die Beträge für zu zahlenden Schadenersatz erhöhen?

3a. Liegt ein Missstand nach Artikel 17 Absatz 2 vor, wenn eine Versicherung gegen den klaren Wortlaut der Versicherungsbedingungen für einen Versicherten eine Schadenersatzsumme in Millionenhöhe zahlt?

3b. Werden durch eine solche, gegen die Versicherungsbedingungen verstossende Zahlung in Millionenhöhe nicht die Interessen der Versicherten gefährdet, indem sie z. B. Gefahr laufen, höhere Prämien zahlen zu müssen?

4. Hat das zuständige Bundesamt geprüft,

a. ob die erwähnte Zahlung durch die «Winterthur-Versicherung» an Dr. Kopp erfolgt ist und in welcher genauen Höhe?
b. ob die Zahlung aufgrund eines Vergleiches geleistet worden ist, dem die Ausführungen der «Klageschrift der Trans K-B-Pleite» zugrunde lagen, wie sie auszugsweise in der «Schweizer Illustrierten» vom 26. Mai 1986 wiedergegeben sind?

c. ob die Versicherungsbedingungen durch die «Winterthur-Versicherung» verletzt worden sind, falls die Schäden aus strafbaren Handlungen von Herrn Dr. H. W. Kopp-klé herühren sollten?

5. Hat das zuständige Bundesamt geprüft, oder wird es prüfen, ob nicht im vorliegenden Fall die «Winterthur-Versicherung» ihre Pflichten verletzt, wenn sie nicht abklärt, ob strafbare Handlungen von Dr. H. W. Kopp vorliegen?

6. Ist das Bundesamt bereit zu prüfen, ob nicht die Justiz strafbare Handlungen vertuscht und ob nicht Frau Bundesrätin Kopp direkt oder indirekt – zugunsten ihres Ehegatten – dahingehend Einfluss nimmt, dass die «Winterthur-Versicherung» eine (allfällig unrechtmässige) Zahlung in der erwähnten Angelegenheit an Dr. Kopp leistet, nachdem auch die «Schweizer Illustrierte» vom 26. Mai 1986 «einen schnellen Vergleich» «aus Rücksicht auf die Interessen von Bundesrätin Kopp» vermutete?

7. Ist das Bundesamt bereit zu untersuchen, ob die «Winterthur-Versicherung» eine unrechtmässige Zahlung an Dr. Kopp vorgenommen hat, aufgrund einer von der Schweizerischen Bankgesellschaft vorgängig geleisteten Bankgarantie?

Texte de l'interpellation du 11 octobre 1986

D'après ce que l'on a pu lire dans la presse, M. Hans W. Kopp (président du conseil d'administration) et d'autres membres du conseil d'administration de Trans K-B, contre lesquels une plainte a été déposée, ont conclu avec les créanciers de cette société tombée en déconfiture un arrangement concernant le paiement d'une somme de 4,5 millions de francs à titre de dommages-intérêts. C'est l'Assurance «Winterthur», qui couvrait la responsabilité civile de M. Kopp, qui a payé la plus grosse part de cette somme.

Compte tenu du fait que la Confédération, se fondant sur les articles 34, 2e alinéa, 34bis et 37bis de la constitution, a édicté le 23 juin 1978 une loi fédérale sur la surveillance des institutions d'assurance privées, en vertu de laquelle elle exerce la surveillance des institutions d'assurance privées en vue notamment de protéger les assurés (art. premier), je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes qui sont en rapport avec le versement par l'Assurance «Winterthur» de la somme mentionnée ci-dessus:

1. La Confédération exerce-t-elle également, par l'intermédiaire du Département fédéral de justice et police, notamment par celui de l'Office fédéral des assurances privées, la surveillance sur les assureurs couvrant la responsabilité civile professionnelle des avocats et des membres des conseils d'administration, en particulier également sur l'Assurance «Winterthur»?

2. Est-il exact – notamment au vu de l'article 20 de ladite loi – que les primes des assurés subissent une augmentation générale si les montants à payer pour des dommages-intérêts augmentent?

3a. Le fait qu'une assurance, au mépris de la teneur claire et nette des conditions d'assurance, paie pour un assuré des dommages-intérêts s'élevant à plusieurs millions constitue-t-il une situation préjudiciable aux assurés au sens de l'article 17, 2e alinéa?

3b. Ne doit-on pas considérer que le versement dans un tel cas, au mépris des conditions d'assurance, d'une somme s'élevant à des millions est préjudiciable aux intérêts des assurés puisqu'ils courent le risque par exemple de devoir payer des primes plus élevées?

4. L'Office fédéral compétent a-t-il examiné

a. si l'Assurance «Winterthur» a payé la somme indiquée ci-dessus à M. Kopp et quel était le montant exact de cette somme?

b. si le versement a été effectué sur la base d'un arrangement qui se fondait sur les arguments de la plainte déposée dans l'affaire Trans K-B, tels qu'ils ont été repris en partie par la *Schweizer Illustrierte* du 26 mai 1986?

c. si les conditions d'assurance ont été violées par l'Assurance «Winterthur», au cas où les dommages auraient pour origine des actes punissables commis par M. H. W. Kopp-klé?

5. L'Office fédéral compétent a-t-il examiné, ou examinera-t-il, si, dans le cas en question, l'Assurance «Winterthur» n'a pas violé ses obligations en ne contrôlant pas si M. H. W. Kopp avait commis des actes punissables?

6. L'Office fédéral est-il prêt à examiner si la justice ne dissimule pas des actes punissables et si la conseillère fédérale Kopp ne joue pas, directement ou indirectement, un rôle – en faveur de son époux – dans le fait que l'Assu-

Interpellation Ziegler Verwaltungsratsmandate von Bundesbeamten

Interpellation Ziegler Fonctionnaires fédéraux appelés à siéger dans des conseils d'administration

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.583
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2059-2060
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 061

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.